

Palästina - Israel

**Solidarität mit der Bevölkerung Palästinas!
Gegen Imperialismus, Apartheid und Antisemitismus –
für die soziale Revolution!**



9 Monate dauert bereits der völkermörderische Krieg Israels gegen die palästinensische Bevölkerung. Am 7. Oktober 2023 überfiel die radikal-islamistische Hamas israelische Dörfer, militärische Einrichtungen und ein Musikfestival, tötete 1.139 Menschen, verletzte Tausende und entführte hunderte Menschen. Dies war der Anlass für das israelische Militär, den palästinensischen Gazastreifen massiv zu bombardieren und dem Erdboden gleichzumachen. Die Bevölkerung Gazas wird von einem Ende zum anderen gejagt, ausgehungert, Krankenhäuser, Ambulanzen und Schulen sind Ziele von Bombardierungen. Mindestens 38.295 Palästinenser:innen wurden bereits in Gaza getötet. Und mehr als 88.000 Menschen wurden verletzt. Dazu kommen Tausende unter den Ruinen. Parallel hat die Gewalt gegen die Palästinenser:innen im Westjordanland durch das israelische Militär und organisierte radikale jüdische Siedler:innen zugenommen. Während die USA und die deutsche Regierung Israel unterstützen, gehen weltweit die Proteste für einen sofortigen Waffenstillstand, ein Ende des Genozids und ein Ende der Besatzung weiter.

Die imperialistischen Länder, vor allem die Nummer Eins, die USA, haben bereits vor mehreren Jahrzehnten entschieden, Israel als ihren Hauptalliierten im Nahen Osten zu unterstützen. Mit dieser Broschüre veröffentlichen wir eine Auswahl von Texten aus Oktober/November 2023, um die Geschichte des israelischen Staates, die Jahrzehnte der Unterdrückung des palästinensischen Volkes und seiner Kämpfe zu erklären. Mehr findet ihr auf unserer website und in unserem podcast.

14. Juli 2024



Solidarität mit der Bevölkerung Palästinas! Gegen Imperialismus, Apartheid und Antisemitismus – für die soziale Revolution!

Im Gegensatz zu den imperialistischen Regierungen und den politischen Parteien in Deutschland und Österreich bekräftigen wir unsere Solidarität mit dem palästinensischen Volk.

Der deutsche Bundeskanzler Scholz twitterte, der Raketenbeschuss aus Gaza und die eskalierende Gewalt erschüttere „uns“ zutiefst. Deutschland verurteile diese Angriffe der Hamas und stehe „an der Seite Israels“. Ganz ähnlich tweetete der österreichische Kanzler Nehammer: „Österreich steht im Kampf gegen Terror geeint hinter Israel“.

Das heißt, sie stellen sich hinter eine rechtsradikale Regierung, die den Gazastreifen, dieses mit 2,3 Millionen Menschen bevölkerte Freiluftgefängnis, abriegelt, aushungert und bombardiert und die aus ihrer rassistischen Menschenverachtung keinen Hehl macht: *„Kein Essen, kein Wasser, kein Gas. Alles ist gekappt. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere.“* – so der israelische Verteidigungsminister. Wer weiß, wie weit die israelische Armee noch gehen wird.

Das ist ihre Antwort auf den am Samstag begonnenen groß angelegten Angriff der im Gazastreifen herrschenden Hamas, bei dem mehrere Tausend Raketen in Richtung des israelischen Staates abgefeuert und israelische Soldat:innen und Zivilist:innen getötet, verletzt und entführt wurden. Dabei wurden nach bisher veröffentlichten Zahlen mindestens 900 Israelis getötet und 2.000 verletzt. Ungefähr 100 Menschen wurden verschleppt.

Die große Zahl israelischer Zivilist:innen, die Opfer der von Gaza aus abgeschossenen Raketen und der Angriffe auf Dörfer und ein Musikfestival geworden sind, und die dazugehörigen Bilder sind erschütternd. Aber vergessen wir nicht, wer die politische Verantwortung trägt: Die jahrzehntelange kolonialistische und Apartheids-Politik des israelischen Staates kann nichts anderes als Wut und Hass in der palästinensischen

Bevölkerung hervorrufen. Der israelische Staat und seine Politik haben diesen Gewaltausbruch vorbereitet. Dieser Staat geht über Leichen: die seiner „eigenen“ Zivilbevölkerung und die der palästinensischen.

Dabei kämpft die Hamas in keiner Weise für soziale Gerechtigkeit oder die Emanzipation der Völker. Sie ist eine reaktionäre, antisemitische und arbeiter:innenfeindliche Organisation, die von Regierungen unterstützt wird, die ebenso unterdrückerisch sind wie ihre Feinde, allen voran die Islamische Republik Iran.

Die Politik der Hamas ist eine Sackgasse für die palästinensische Bevölkerung. Ihr „Überraschungsangriff“ auf die israelische Zivilbevölkerung ist auch ein Coup gegen konkurrierende palästinensische Organisationen. Er soll der Hamas neue Sympathien unter Palästinenser:innen bringen und spekuliert auf deren Schadenfreude angesichts ihrer sonstigen Ohnmacht gegenüber der andauernden israelischen Unterdrückung. Doch der Graben von Blut und Gewalt, der sich immer weiter auftut zwischen Palästinenser:innen und Israelis ist auf beiden Seiten Wasser auf die Mühlen der rechtsextremen Hardliner:innen. Die gewaltsame Politik des israelischen Staates wird der Hamas neue Kräfte in die Arme treiben. Aber damit kommt die palästinensische Bevölkerung ihrer Befreiung keinen Schritt näher.

Denn der Gegenschlag der rechtsextremen Regierung Netanjahus war zu erwarten und die Rache erfolgte prompt: Mehr als 560 Palästinenser:innen kamen bislang infolge der israelischen Bombenangriffe ums Leben und 2.900 weitere wurden verletzt.

Diese Toten kommen zu den Hunderten von Opfern der Verbrechen der israelischen Regierung seit Anfang dieses Jahres hinzu ... und zu den Tausenden von Opfern seit über 75 Jahren.

Die israelische Regierung kann auf die Unterstützung der imperialistischen Großmächte zählen. Auch die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, verurteilte „den irrsinnigen Angriff der Hamas auf Israel mit aller Schärfe“ und verteidigte „das Recht Israels, sich zu verteidigen“.

Biden rief Netanjahu an und versicherte ihm die bedingungslose Unterstützung der USA.

Auf Seiten der „Schwellenländer“ erklärte sich der indische Premierminister Narendra Modi „solidarisch mit Israel“, während das Außenministerium Brasiliens, das derzeit den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat innehat, die Angriffe verurteilte und anschließend eine Sitzung des Sicherheitsrats einberief.

Doch als im Mai dieses Jahres die israelische Luftwaffe den Gazastreifen bombardierte, dabei rund 100 Gebäude zerstörte und 2.500 Menschen obdachlos machte, wer von all diesen Leuten sprach da von „Terrorismus“? Wer von ihnen spricht von Terrorismus, wenn israelische Bulldozer im Westjordanland palästinensische Häuser zerstören, um Platz für neue israelische Siedlungen zu schaffen?

Der israelische Regierungschef Netanjahu wird versuchen, die Menschen hinter sich und seiner mörderischen Politik zu versammeln, in der Hoffnung, so aus einer monatelangen politischen Krise mit Massenprotesten gegen sein Regime herauszukommen. Die großen Demonstrationen der letzten Monate richteten sich gegen Netanjahus Pläne für Verfassungsänderungen, die seine Macht stärken sollen. Aber sie beschränkten sich auf die Verteidigung der demokratischen Rechte allein der israelischen Bürger:innen. Abgesehen von einer kleinen, aber radikalen Opposition gegen den israelischen Staatsrassismus, stand der Kampf für die Rechte der Palästinenser:innen, das Elend in Gaza und im Westjordanland und die Militäreinsätze zur Unterwerfung von Gebieten, die dem palästinensischen Volk offiziell zugesprochen worden waren, nicht im Mittelpunkt der Demonstrationen.

Solange die palästinensische Bevölkerung in den Ghettos von Gaza und dem Westjordanland eingesperrt ist, solange sie Zerstörung, Besatzung und Gewalt erleiden muss, wird die israelische Bevölkerung weiterhin in einem permanenten Kriegszustand leben. Ein Volk, das ein anderes unterdrückt, kann nicht frei sein! Es sind der Krieg, den das zionistische Regime gegen das palästinensische Volk führt, und die Apartheid, die es dem Regime ermöglichen, sich weiter zu verhärten, auch gegen die eigene Bevölkerung, und zwar sowohl in Bezug auf die Verschlechterung der Lebensbedingungen als auch einfach in Bezug auf die demokratischen Rechte.

Es wäre die Solidarität der israelischen Arbeiter:innen und Armen mit den Arbeiter:innen in Palästina, die dem zionistischen Staat Israel gefährlich

werden kann. Dafür können Bewegungen für die elementarsten Rechte für alle Menschen in Israel-Palästina zentral sein: Freizügigkeit, Wohnung, Arbeit, Gleichberechtigung und Demokratie ... Das bedeutet, politische Bewegungen zu organisieren oder auch nur den selbständigen politischen Ausdruck der arbeitenden Klassen, der bislang sowohl von der Palästinensischen Autonomiebehörde, als auch von der Hamas und durch den israelischen Staat mit Gewalt unterbunden wird.

Nötig ist internationale Solidarität gegen die gewaltsame Politik dieses israelischen Staates. Eine internationale Solidarität, die die Palästinenser:innen aus der Isolation herausholt und die israelische Arbeiter:innenklasse und Jugend ermutigt, mit ihrem Staat und der zionistischen Ideologie zu brechen. In unseren Ländern stellen wir uns gegen den Schulterchluss mit dem unterdrückerischen zionistischen Staat, der für die toten Zivilist:innen auf beiden Seiten die Verantwortung trägt:

- **Sofortiger Stopp der Blockade und der Bombardierungen Gazas!**
- **Nur eine sozialistische Perspektive für alle Ausgebeuteten und Unterdrückten der Region kann die Spirale rechtsextremer Gewalt durchbrechen, für die der Imperialismus die Hauptverantwortung trägt.**

9. Oktober 2023



Wessen Land? Eine kurze Geschichte Palästinas und Israels

Alle sprechen von einem Krieg Israels gegen die Hamas, als ob sich zwei gleiche Kräfte in einem Krieg gegenüberstünden, in dem Israel um sein Existenzrecht kämpft. Die Realität ist jedoch weit davon entfernt. Dieser Krieg ist vor allem einer gegen die palästinensische Bevölkerung. Alles hat eine Vorgeschichte...

Die Region des Nahen Ostens, wie wir sie heute kennen, ist das Ergebnis imperialistischer Politik der Großmächte. Nach dem 1. und 2. Weltkrieg zogen sie die Landesgrenzen mit dem festen Ziel, diese ölreiche Region zu kontrollieren. Die Aufteilung der arabischen Bevölkerung folgte dem Prinzip „teile und herrsche“.

Vor der Staatsgründung Israels war Palästina britisches Mandatsgebiet. Die Mehrheit der Bevölkerung war arabisch. Bis in die 1930er Jahre siedelten sich mehr und mehr Jüd:innen durch Landkauf mit Hilfe jüdischer Organisationen an. Auch wenn die Motivation, dem Antisemitismus in Europa zu entfliehen, verständlich sein mag, so war diese Besiedlung de facto von Anfang an ein kolonialistisches Vorgehen. Sie entwickelten eine parallele Wirtschaft getrennt von der arabischen Welt. Die ersten bewaffneten Kämpfe von jüdischer und palästinensischer Seite gab es bereits in den 20er Jahren bis zum großen palästinensischen Aufstand 1936 gegen die britische Herrschaft, an dessen Niederschlagung sich die paramilitärischen jüdischen Gruppen beteiligten.

Die gewaltvolle Schaffung des Staates Israel

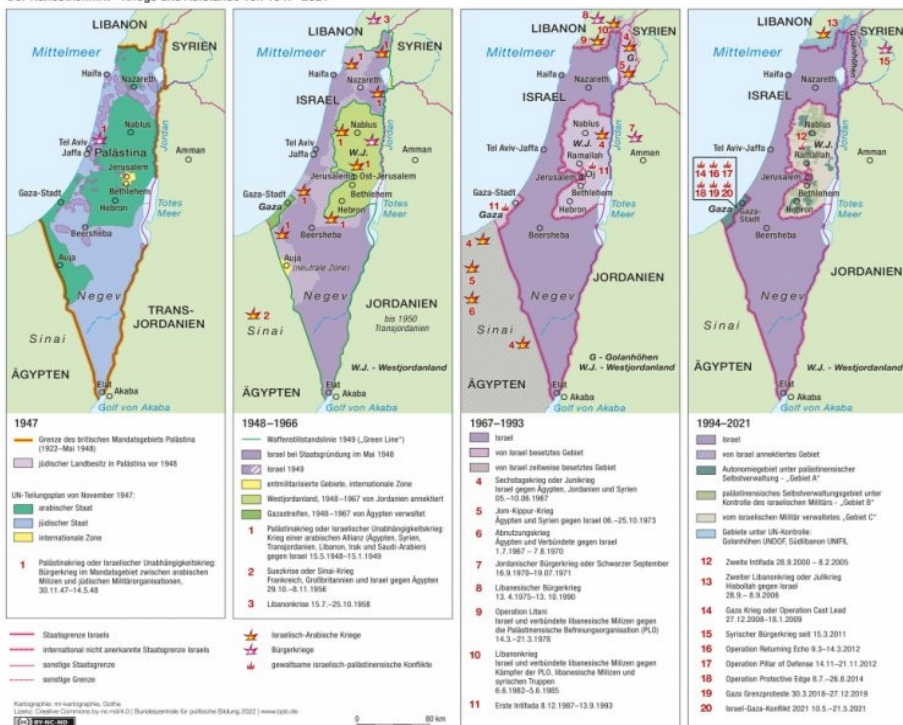
Das ist die große Tragödie, dass die Jüd:innen sich von den imperialistischen Mächten für ihre Zwecke instrumentalisieren ließen. Die meisten Jüd:innen, die dem Nationalsozialismus entkommen wollten, wären lieber in die USA oder nach Großbritannien geflohen, doch diese Länder haben ihre Grenzen vor und während des Holocaust weitgehend dicht gemacht. Und so blieb eine Emigration nach Palästina für viele die einzig mögliche. Die zionistische Führung betrieb dabei eine Politik, die systematische Feindschaft zwischen den arabischen und jüdischen Bevölkerungen schürte, diese zementierte, und dabei dem Imperialismus

sehr gut in den Kram passte. Denn der sah nach dem 2. Weltkrieg angesichts der vielen antikolonialen Befreiungsbewegungen an vielen Orten seine Felle davonschwimmen. Und nun sahen die imperialistischen Mächte, allen voran die neue Weltmacht USA, die Gelegenheit, einen Staat zu schaffen, der als Wachhund in der ölreichen Region des Nahen Ostens dienen könnte. Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser:innen wurde mit Füßen getreten.

Die UNO, die von den Großmächten gesteuert wird, entschied 1947 über die Aufteilung des historischen Gebietes Palästina völlig auf Kosten der arabischen Mehrheit. Die Schaffung eines explizit jüdischen Staates bedeutete, dass dort die Juden immer die Mehrheit behalten sollten und Nicht-Juden Staatsbürger zweiter Klasse wären. Der bis heute andauernde Prozess der Vertreibung begann also direkt bei der Staatsgründung Israels 1948. Die dabei verübten Massaker israelischer Einheiten werden geheim gehalten. Dass die arabischen Nachbarstaaten auf die Staatsgründung mit Krieg antworteten, ist nicht der Anfang der gewaltvollen Geschichte. Am Ende dieses ersten Krieges waren 750.000 Palästinenser:innen aus ihrer Heimat vertrieben, viele in den Gazastreifen oder in Nachbarländer ohne das Recht auf Rückkehr. Der jüdische Staat hat sein Territorium ausgeweitet und wurde noch größer als im Teilungsplan vorgesehen.

In einer Militäroperation gegen Ägypten besetzte Israel 1956 zusammen mit den früheren Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien das erste Mal den palästinensischen Gazastreifen und die ägyptische Sinai-Halbinsel. Im 6-Tage-Krieg 1967 besetzte Israel dauerhaft den Gazastreifen sowie das Westjordanland (Westbank). Das bedeutet seitdem volle Kontrolle über palästinensisches Land, Wasser, landwirtschaftliche Flächen, die wirtschaftliche Entwicklung, die Mobilität der Menschen und den Warenverkehr bis hin zu den Finanzen. Nach 1967 ging die Politik der Enteignungen palästinensischen Landes weiter.

Der Nahostkonflikt - Kriege und Aufstände von 1947–2021



Leben in einem Apartheidsstaat: ... und morgen wird alles schlimmer

Besatzung und Kontrolle bedeuten auch Kontrolle der palästinensischen Arbeitskräfte. Arbeitsvisa für Israel und Einreiserechte sind seit Jahrzehnten völlig von der Politik Israels abhängig. Sie werden und wurden willkürlich gewährt und wieder entzogen.

Das verschlimmerte sich alles mit der israelischen Politik der Abriegelungen ab den 90er Jahren bis hin zur Blockade des Gazastreifens vor 16 Jahren. Die bis zu 6 Meter hohen Mauern und militärisch gesicherten Zaunanlagen um den Gazastreifen und das Westjordanland sowie die vielen Checkpoints des israelischen Militärs sind das sichtbarste Zeichen. Der israelische Staat hat über die Jahre ein System der totalen Überwachung der

Bewegungsfreiheit von Palästinenser:innen aufgebaut, das sowohl die palästinensischen Gebiete voneinander trennt, als auch die Zonen innerhalb des Westjordanlandes und zudem ist das alles getrennt von der israelischen Gesellschaft. Innerhalb Israels leben die Palästinenser:innen als Menschen zweiter Klasse. Die Nichtregierungsorganisation Human Rights Watch spricht schon seit Jahren von Apartheid¹.



Der Bau israelischer Siedlungen als Vertreibung

In einigen Zonen der Westbank hat die palästinensische Autonomiebehörde formal das Sagen. Aber diese „Autonomie“ steht nur auf dem Papier. Der Bau israelischer Siedlungen in der Westbank ist Teil der Politik der Vertreibung der Palästinenser:innen von ihrem Land. Zwar hat Israel die Siedlungen in Gaza 2005 geräumt. Aber dafür wurde der Bau der Siedlungen in der Westbank vorangetrieben. 700.000 Siedler:innen leben dort heute geschützt vom israelischen Militär. Radikale Siedler:innen

1 HRW: A Threshold Crossed - Israeli Authorities and the Crimes of Apartheid and Persecution, April 2021

können es sich erlauben, unter den Augen israelischer Soldat:innen palästinensische Familien zu terrorisieren. Diese Siedlungen werden vom Internationalen Gerichtshof und der UNO als völkerrechtlich illegal eingestuft.

Und so leben die Palästinenser:innen seit Jahrzehnten wie Gefangene unter ständiger Gewalt des israelischen Militärs oder gewalttätiger Siedler:innen, oder, wie in Gaza, unter totaler Blockade. Die israelische Politik hat nahezu ein ganzes Volk auf Dritte-Welt-Niveau herabgedrückt und zu Sozialhilfeempfängern gemacht.

Intifada, Proteste, Streiks, Raketen...

Natürlich rufen solche Umstände Widerstand hervor. Die 1. Intifada ab 1987 war ein echter Massenaufstand der Bevölkerung. Es bildeten sich in den palästinensischen Gebieten Organisationen und Hilfskomitees. Die Proteste waren getragen von Frauen und Männern jeden Alters, die gleiche Rechte und die Schaffung eines palästinensischen Staates verlangten. Mit Steinen und Streiks kämpften sie gegen Panzer und Gewehre der israelischen Soldat:innen, die hunderte von ihnen töteten, Zehntausende verletzten und willkürlich verhafteten.



Die 2. Intifada ab 2000 führte zum Erstarren der islamistischen Hamas und ging einher mit Entführungen, Raketenbeschuss aus Gaza und furchtbaren Selbstmordanschlägen in Israel. Die islamistischen Terrorgruppen hatten den Palästinenser:innen, die für ihre Rechte kämpfen wollten, nichts als Hass auf alle Juden und ein Versprechen auf das Paradies im Jenseits zu bieten. Was für eine schreckliche Sackgasse. Aber jede militärische Bestrafung der Palästinenser:innen durch Israel, gab der Hamas Legitimität. Und jeder Anschlag der Hamas stärkt rassistische autoritäre Kräfte in Israel. Seit der Kontrolle von Gaza durch die Hamas sind die Palästinenser:innen einer doppelten Diktatur unterworfen: einer durch die autoritäre islamistische Hamas und einer durch den Staat Israel.



Palästinensische Demonstranten Nähe Ramallah, 2002

Aber selbst große unbewaffnete Proteste wie der „Great March of Return“ 2018/2019 in Gaza entlang der Grenzanlagen oder die Proteste und Streiks 2021 beantwortete die überlegene israelische Armee mit gewalttätiger kollektiver Bestrafung. Im Mai 2021 hatte der "Streik für Würde" eine ganz andere Perspektive aufgezeigt: Dieser eintägige Generalstreik, der nach

einem israelischen Angriff auf Gaza mit über 200 Toten und inmitten einer Welle antipalästinensischer Übergriffe in Jerusalem ausgerufen wurde, wurde zum ersten Mal sowohl in Gaza als auch der Westbank, von Flüchtlingen aus den Nachbarländern und von arabischen Arbeiterinnen und Arbeitern in Israel befolgt. Diese Einheit im Streik eröffnete eine völlig neue Perspektive.

Doch das Leben in Gaza bedeutet eben auch ständige Bombardierungen von israelischer Seite: 2006, 2008/2009, 2012, 2014, 2021 und 2023.

Die Palästinenser:innen sind nicht allein. Sie haben Verbündete in der Bevölkerung der imperialistischen Länder aber auch und vor allem in den Arbeiterklassen Ägyptens, Algeriens, des Libanon, Irak und anderer Länder, mit denen sie eine gemeinsame Geschichte und die Erfahrung der Unterdrückung durch die Großmächte teilen. Und nicht zuletzt kann die Bevölkerung Israels zu Verbündeten werden, falls sie sich gegen den israelischen Staat stellt, der für sie keine andere Zukunft als permanenten Kriegszustand und Autoritarismus zu bieten hat.

11. November 2023



Beit Hanoun, Gaza, August 2014

Zionismus - eine expansionistische Politik, die zu einem endlosen Krieg führt

"Wir sind das Volk des Lichts, sie sind das Volk der Finsternis": Dieser Satz Netanjahus, den er am 25. Oktober während der verstärkten Bombardierung des Gazastreifens durch die israelische Armee äußerte, ist ein Beispiel für die ultra-nationalistische Rhetorik des politischen Projekts, das als Zionismus bezeichnet wird. Der Zionismus ist die segregationistische Idee, einen jüdischen Staat zu gründen, zunächst war der Ort noch offen, bevor man sich dann für Palästina entschied, unter Ausschluss der einheimischen arabischen Bevölkerung. Diese Bewegung, die unter dem Schutz der imperialistischen britischen Besatzungsmacht begann, führte 1948 zur Gründung des Staates Israel und zum heutigen palästinensischen Drama.

Die Ursprünge des Zionismus

Die Ursprünge des Zionismus gehen auf das Ende des 19. Jahrhunderts zurück. Die Jüdinnen und Juden, die in vielen Gemeinden in großer Armut lebten, litten damals unter dem wachsenden Antisemitismus in Europa² und der Zunahme von Pogromen in Osteuropa. Der Antisemitismus entwickelte sich in Osteuropa aufgrund des Zusammenbruchs des Feudalsystems durch das Vordringen des Kapitalismus in diese Region. Die Reaktionäre benutzten die Jüd:innen nun, um die soziale Wut abzulenken. Zu dieser Zeit schlossen sich viele Jüd:innen, die über ihre Lage empört waren, der Arbeiterbewegung an, da sie wussten, dass ihre Emanzipation untrennbar mit dem Klassenkampf für den Sozialismus verbunden war. In Osteuropa organisierte der „Bund“, der Allgemeine jüdische Arbeiterbund der jüdischen Arbeiter:innen Russlands, Polens und Litauens, mehr als 30.000 jüdische Arbeiterinnen und Arbeiter.

In Widerspruch zu den Arbeiterparteien antwortete der Zionismus, zu dessen Hauptideologen Theodor Herzl gehörte, auf den Antisemitismus mit der Idee des Nationalismus und forderte einen exklusiven Staat für die Jüdinnen und Juden. In Argentinien? In Uganda? Die Entscheidung für Palästina erfolgte nach langem Zögern, was beweist, dass sie eher

2 Zur Rolle des Kapitalismus bei der Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung in Europa siehe die Analysen von Abraham Léon in „Die jüdische Frage“ (1942), Mehring Verlag

politischer als religiöser Natur war. Auf seinem vierten Kongress im Jahr 1901 verurteilte der „Bund“ diesen Ansatz als "Hemmschuh für die Entwicklung des Klassenbewusstseins" der jüdischen Arbeiter:innen, da er nicht zur Bekämpfung des Antisemitismus geeignet sei, was voraussetze, dass man die Ausbeutung, die diese Unterdrückung hervorbringe, angreife. Im Gegenteil: *"Indem [der Zionismus] nicht die Besonderheit, sondern die wesentliche Andersartigkeit des jüdischen Daseins fordert, was die Unvereinbarkeit der Nationen postuliert, macht er sich die antisemitischen Thesen zu eigen, selbst wenn er die Werte des antijüdischen Rassismus umkehrt."*³

Seit ihrem ersten Kongress, der 1897 in Basel stattfand, förderten die zionistischen Führer systematisch die Besiedlung Palästinas in den Kibbuz, den Dörfern, deren Mitglieder als Pioniere des zukünftigen jüdischen Staates angesehen wurden. Die Bewegung gab sich eine Führung, die Zionistische Organisation, eine internationale Struktur, die in den 1930er Jahren fast eine Million Mitglieder hatte.

Eine Bewegung, die sich unter dem Schutz des britischen Imperialismus entwickelte

Die Auswanderung europäischer Jüdinnen und Juden nach Palästina schritt nach dem Ersten Weltkrieg und dem Zerfall des Osmanischen Reiches unter dem Schutz des Vereinigten Königreichs voran. In dieser Kolonialzeit musste man noch die Regierungen der imperialistischen Mächte um Erlaubnis bitten. Die "Balfour-Erklärung" versprach den Zionisten, die Errichtung einer "nationalen jüdischen Heimstätte" zu fördern. Das Vereinigte Königreich versuchte damals, den Zionismus zu einem Werkzeug für die imperialistische Durchdringung des Nahen Ostens zu machen.

Einige Siedlerinnen und Siedler hatten sozialistische und kollektive Ideale, ohne zu sehen, dass die Errichtung ihrer Siedlungen unter Missachtung der arabischen Bevölkerung erfolgte. Und es ist auch so, dass die zionistische Bewegung in ihren Anfängen alles andere als homogen war. Zu ihr gehörte eine zionistische Linke, die den Gemeinschaftscharakter des Kibbuz betonte, in Wirklichkeit aber in ihren angeblich "sozialistischen" Projekten

3 Henri Minczeles, *Histoire générale du Bund. Un mouvement révolutionnaire juif*, Paris, Austral, 1995

nur von den sozialen Beziehungen zwischen Jüd:innen sprach und die Palästinenser:innen aus den Kibbuz ausschloss. Manchmal wiegte diese Linke, die nach der Gründung des Staates Israel lange Zeit an dessen Spitze stand, die arabische Bevölkerung in Sicherheit, indem sie die Gleichheit der Völker predigte. Doch in Wirklichkeit bestand das Handeln der Zionist:innen, die sich parastaatliche Strukturen wie die Jewish Agency for Palestine, eine Art Exekutivgewalt, zulegten, darin, die Araber:innen von ihren Betrieben auszuschließen, um eine geschlossene Wirtschaft aufzubauen. Sie taten dies, indem sie mithilfe des Jüdischen Nationalfonds, dem ein Großteil des in jüdischem Besitz befindlichen Landes gehörte, legal Land von feudalen Besitzern aufkauften. Dann vertrieben sie die Fellachen, die armen Bäuer:innen, die dort arbeiteten. Dies führte manchmal dazu, dass sie sich gegen die britische Macht stellten, die den jüdischen Arbeitern die viel billigeren arabischen Arbeitskräfte vorzog.

Diese Förderung der "jüdischen Arbeit" führte 1920 zur Gründung der Histadrut, der Allgemeinen Föderation der Arbeiter des Landes Israel, einer ethnisch basierten Gewerkschaft, die die Segregation organisierte. Ihr Generalsekretär, David Ben Gurion, der spätere Premierminister Israels, erklärte: *"Wir sind hier, um eine Heimat der Arbeit für das jüdische Volk zu errichten."* Eine Heimat der Arbeit... und des Kapitals: Der Zionismus ist auch eine Klassenwaffe, die sich gegen jüdische Arbeiter:innen richtet und von den Unternehmern eingesetzt wird, um Streiks im Namen der Einheit des Volkes zu verhindern.

Das Ergebnis dieser zionistischen Politik war lange vor der Gründung des Staates Israel die Trennung zwischen der jüdischen und der arabischen Gemeinschaft, die vorher nicht im Konflikt gestanden hatten, da Juden bereits vor der Ankunft der Siedler in der Region schon gelebt hatten. Der trotzkistische Aktivist Tony Cliff, der 1917 in Palästina geboren wurde, erinnert sich daran mit folgenden Worten: *"Ich erinnere mich, dass 1945 ein Café in Tel Aviv angegriffen und fast vollständig zerstört wurde, weil das Gerücht die Runde machte, dass ein Araber dort als Tellerwäscher beschäftigt war. Ich erinnere mich auch daran, dass es während meiner Zeit an der Hebräischen Universität in Jerusalem zwischen 1936 und 1939 wiederholt zu Demonstrationen gegen den Vizekanzler der Universität, Dr. Magnes, gekommen ist. Er war ein reicher und liberaler amerikanischer*

*Jude, und sein Verbrechen war, dass er der Untermieter eines Arabers war.*⁴

Die junge Kommunistische Partei Palästinas konzentrierte ihre Anstrengungen zunächst gegen die Spaltung der Arbeiterschaft, um jüdische und arabische Arbeiter:innen in einer einzigen Organisation zu organisieren. Es ging darum, gegen den Strom der allgemeinen Feindseligkeit der jüdischen Siedler:innen und des wachsenden Chauvinismus der feudalen Führungen der arabischen Nationalbewegung zu kämpfen. Die Kommunistische Partei Palästinas blieb trotz ihrer späteren stalinistischen Wandlung ein Beispiel für die Möglichkeit, die blutige Kluft zu überbrücken, die die zionistische Bewegung von Anfang an zwischen den Völkern aufriß. Denn die Zionist:innen wurden bald mit den Folgen ihrer Apartheidspolitik konfrontiert: Sie sahen sich arabischen Nationalbewegungen gegenüber, die die jüdische Einwanderung bremsen und gegen den Aufkauf von Agrarland von feudalen Grundbesitzern vorgehen wollten. Dies war einer der Gründe für die Gründung der Haganah, die auf Betreiben des Rechtszionisten Vladimir Jabotinsky und später mit Unterstützung der zionistischen Linken unter Ben Gurion erfolgte. Die Haganah war eine paramilitärische Miliz zur Selbstverteidigung gegen die arabische Bevölkerung. Während des großen arabischen Aufstands von 1936-1939, der Unabhängigkeit und ein Ende der jüdischen Einwanderung forderte, wurde dieser Vorläufer der israelischen Armee gestärkt, indem er sich an der Seite der Briten direkt an der Unterdrückung der arabischen Bauern beteiligte.

Die blutige Geburt des Staates Israel

Die britische Kolonialmacht, die jedoch versuchte, ihr Mandat in Palästina aufrechtzuerhalten, indem sie mit ethnischen und religiösen Spaltungen spielte, setzte 1939 Beschränkungen für die jüdische Einwanderung durch. Gleichzeitig flohen immer mehr jüdische Flüchtlinge aus Europa, wo die Jüdinnen und Juden verfolgt wurden und die europäischen Mächte sich weigerten, sie aufzunehmen.

Diese Zeit markierte den Beginn des Kampfes um die Gründung eines jüdischen Staates. Am Ende des Zweiten Weltkriegs führte die zionistische Rechte, die über eine bewaffnete Organisation, die Irgun, verfügte, einen

4 Tony Cliff: A World to Win, <https://www.marxists.org/archive/cliff/works/2000/wtw/ch01.htm>

Guerillakrieg gegen die britische Kolonialmacht. Es war aber auch eine terroristische Politik gegen die arabische Bevölkerung. Baustellen, auf denen jüdische und arabische Arbeiter zusammenlebten, wurden von den Extremisten mit Bomben angegriffen. Angesichts der Anschläge und der illegalen Einwanderung sowie der wachsenden Rivalität des US-Imperialismus begannen die Briten, deren Mandat im Mai 1948 endete, im Sommer 1947 damit, ihre 100.000 Soldaten aus Palästina abzuziehen. Die zionistischen Führer begannen mit einer ethnischen Säuberung und massakrierten ganze Dörfer, wie Deir Yassin am 9. April 1948. Städte wurden geplündert, wie in Lydda. Dies führte zu einem Exodus von 800.000 Menschen, der "Nakba", der "Katastrophe". Die Zionisten eigneten sich Land an, das weit über die von den Vereinten Nationen (UNO) vorgesehene Aufteilung hinausging. Bis 1949 fand ein israelisch-arabischer Krieg statt, an dessen Ende die besiegten Staaten Ägypten und Jordanien die letzten Stücke Land zurückerhielten: den Gazastreifen und das Westjordanland. All dies geschah auf Kosten der Palästinenserinnen und Palästinenser, die sich als territoriale Waisen wiederfanden und in Flüchtlingslagern in Ägypten, Libanon, Syrien und Jordanien verstreut wurden, wo viele von ihnen noch heute zu Hunderttausenden leben. Dies zeigt, wie sehr sich die arabischen Staaten um das Schicksal des palästinensischen Volkes kümmern, das von ihnen nichts zu erwarten hat.

Dies sind die zionistischen Grundlagen des Staates Israel, der seit diesem Zeitpunkt seine Apartheidspolitik unaufhörlich durchgesetzt hat. Seit der Unabhängigkeitserklärung von 1948 wandte sich die Revolutionäre Kommunistische Liga Palästinas gegen den extremen Chauvinismus, der die Arbeiterklasse in jüdische und arabische Arbeiter:innen spaltete⁵. Diese Perspektive auf einen Zusammenschluss ist auch heute noch eine aktuelle Frage, da die zionistische Politik des Staates Israel nie nachgelassen hat, nicht einmal anlässlich des Osloer Abkommens, und heute noch brutaler als 1948 durchgesetzt wird; und zwar in einer Art und Weise, die immer mehr einer ethnischen Säuberung des Gazastreifen und des Westjordanlands ähnelt.

9. November 2023

5 Kol Ham'amad, The Trotskyist Position in Palestine, Against the Stream, Fourth International, May 1948, <https://www.marxists.org/history/etol/newspape/fi/vol09/no03/kolhamaad.htm>

[Dieser Artikel erschien zuerst am 9. November 2023 auf der Website der französischen Neuen Antikapitalistischen Partei NPA (Nouveau Parti anticapitaliste) unter dem Titel: „Le sionisme, une politique expansionniste à l'origine d'une guerre sans fin“]



Demonstration in Berlin, 23. Dezember 2023

Die PLO - von einer Kampforganisation zur Verwalterin des Elends



Fatah, PFLP, DPFLP: Der Radikalismus eines nationalistischen Kleinbürgertums.

1959 gründete Jassir Arafat in Kuwait mit einer Handvoll palästinensischer Intellektueller, die wie er nach Kuwait geflohen waren, die wichtigste nationalistische Bewegung Palästinas, die Fatah (vollständiger Name: Bewegung für die Befreiung Palästinas). Ihr Vorbild: die algerische Front de libération nationale (FLN). Sein Grundsatz: Die Befreiung der Palästinenser wird das Werk der Palästinenser selbst sein. Und gleich zu Beginn stellt er gegenüber den Regierenden der arabischen Länder klar: *"Alles, was wir verlangen, ist, dass ihr Palästina mit einem Verteidigungsgürtel umschließt und die Schlacht zwischen uns und den Zionisten beobachtet."* Kein proletarischer Internationalismus, das überrascht nicht. Aber auf der Ebene der arabischen Solidarität hatte der Panarabismus, die Idee einer arabischen nationalen Einheit, zu dieser Zeit in der Region eine Hochphase in den herrschenden Kreisen...



Jassir Arafat (1929 - 2004)

Die ersten militärischen Aktionen der Fatah in Israel gehen auf das Jahr 1965 zurück. Nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967, in dessen Folge Israel das Westjordanland und den Gazastreifen (und weiter nordöstlich die syrischen Golanhöhen) besetzte und eine neue Massenflucht von Palästinenser:innen auslöste, trat in den Flüchtlingslagern eine neue Generation von Aktivisten auf den Plan. Diese jungen Menschen haben die Niederlage der "Nakba" (die "Katastrophe" von 1948, die 700.000 Palästinenser:innen, die Hälfte der einheimischen Bevölkerung Palästinas, aus ihrer Heimat vertrieben hat) nicht erlebt und sich in großer Zahl den palästinensischen Widerstandsorganisationen angeschlossen.

Von den anderen damals aufkommenden palästinensisch-nationalistischen Strömungen waren die beiden wichtigsten die 1967 gegründete Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und ihre Abspaltung, die eher linksgerichtete Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas (DVPLF), später eher FDLP genannt. Die erste, die PFLP, entstand aus einer panarabischen Strömung, der Arabischen Nationalistischen Bewegung, die an einer Universität in Beirut gegründet wurde. Ihr Gründer, Georges Habache, bekennt sich zum maoistischen Marxismus-Leninismus. Die FDLP ist die am weitesten links stehende Fraktion der PFLP, von der sie sich 1969 abgespalten hat. Sie war eher "internationalistisch" und vertrat zeitweise die Idee eines sozialistischen Palästinas, in dem Palästinenser:innen und Jüd:innen die gleichen Rechte genießen sollten; ihre Ideologie war eine radikale Dritte Welt, die eine Mischung aus Castro, Mao, Giap und Che Guevara darstellte. Aber im Kern ihrer Politik, der Art

und Weise, wie sie ihren Kampf führen, haben sich PFLP und DFLP nie sehr von der Politik der Fatah selbst unterschieden, außer manchmal durch eine Überbietung in Bezug auf gezielte Anschläge und Geiselnahmen.

Die anderen Strömungen sind zahlenmäßig und vor allem politisch von geringerer Bedeutung, wie die Saïqa, eine Zweigstelle der in Syrien herrschenden Baath-Partei, die damit eine Hand über die palästinensische Bewegung hält.

Die sogenannte PLO, die Palästinensische Befreiungsorganisation, war bei ihrer Gründung 1964 lediglich eine von der Arabischen Liga (ein Gremium, in dem die Regierungen der arabischen Staaten zusammengeschlossen sind) aus dem Nichts geschaffene und finanzierte Instanz, um den Palästinensern unter ihrer Führung eine offizielle diplomatische Vertretung zu verschaffen. Sie wurde erst 1969, nachdem Arafats Fatah die Führung übernommen hatte, zu einer Art Front, die hinter der Fatah die anderen Strömungen der palästinensischen Bewegung vereinte. Die PLO erschien von da an als die Führung der Bewegung, die Führung, mit der die verschiedenen Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern unter der Schirmherrschaft der USA geführt wurden, darunter das Osloer Abkommen von 1993, das Arafat als PLO-Vorsitzender unterzeichnete.

In der palästinensischen Bewegung dieser ersten Periode ist auffällig, dass es bis Ende der 1980er Jahre praktisch keine islamistische Komponente gab. Anders heute, wo mit der Hamas eine islamistische Strömung an der Spitze zu stehen scheint. Die islamistische Muslimbruderschaft, die zur gleichen Zeit in Ägypten vom Nasser-Regime unterdrückt wurde, hat in Gaza Muslimbrüder, die von Scheich Ahmed Jassin (dem späteren Gründer der Hamas) geleitet wurde, der dort 1973 in Anwesenheit des israelischen Gouverneurs von Gaza seine Moschee einweihte. Die israelische Besetzung des Gebiets ist nicht das Thema der Muslimbrüder, und Israel wiederum findet in ihrer religiösen Führung, die durch ein Netz von Wohltätigkeitsorganisationen ergänzt wird, einen bequemen Konkurrenten für die palästinensischen nationalistischen Organisationen, um die Bevölkerung zu kontrollieren. Zumal es sich um eine in Nassers Ägypten verhasste Bewegung handelt, die jedoch von dem sehr reaktionären Regime des jordanischen Königs unterstützt wird. Das jordanische Regime wird die Muslimbrüder in Gaza im Gegenzug gegen die PLO unterstützen.

Hütet Euch vor falschen Freunden!

In den Revolutionen der Kolonialbevölkerungen 1945-1975 Jahre, war der Kampf gegen die nationale Unterdrückung eng mit dem Kampf gegen die soziale Unterdrückung verbunden, da die eine Unterdrückung der anderen diene. Ob es den kleinbürgerlichen nationalistischen Führungen, die sich nur als zukünftige Führerinnen "ihres" Volkes und zukünftige „Arbeitgeberinnen“ sahen, gefiel oder nicht, sei dahingestellt. Der nationale Befreiungskampf der kolonialunterdrückten Bevölkerungen hatte aufgrund seiner Ansteckung einen internationalen Charakter, auch wenn jeder ihn nur im Hinblick auf den Staat sah, den er zu errichten gedachte. Aber der Kampf des palästinensischen Volkes hatte mehr noch als alle anderen einen Doppelcharakter. Er ging zwangsläufig über die Grenzen Palästinas hinaus, da mehr als die Hälfte der Palästinenser:innen emigrierte Flüchtlinge in den Nachbarländern waren und sich der palästinensische Widerstand vor allem in den Flüchtlingslagern organisierte, wo er sich nicht nur mit den israelischen Truppen, sondern auch mit den Regierungen der arabischen Flüchtlingsländer konfrontiert sah. Die Palästinenser:innen, die in Israel oder in den seit 1967 besetzten Gebieten geblieben waren, waren dort in ihrer großen Mehrheit Land- oder städtische Arbeiter, die am meisten ausgebeutet wurden, wenn auch nicht die einzigen (und wir wollen nicht von heute sprechen, wo sie durch eine große Zahl von Arbeitskräften aus Asien ersetzt wurden). Die Flüchtlinge in Jordanien, dem Libanon und Syrien waren dort mit der Arbeiterklasse dieser Länder vermischt, einer Arbeiterklasse, die genauso arm war wie sie und manchmal in denselben Stadtvierteln von Beirut oder Amman oder sogar in denselben Slums wohnte.

Dort konnten ihre Verbündeten liegen, nicht bei den Regierungen, die Arafat um einen einfachen "Verteidigungsgürtel" bat, was zugleich das Versprechen bedeutete, sich nicht in ihre Angelegenheiten einzumischen. Das palästinensische Volk sollte diese bittere Erfahrung machen.

1970 - Schwarzer September in Jordanien

Das Königreich Jordanien ist der reaktionärste arabische Staat in der Region. Nach der Nakba von 1947/48 und der vollständigen Auflösung Palästinas hatte Jordanien (das östlich des Jordans als Transjordanien bezeichnet wurde) das Westjordanland (westlich des Flusses) annektiert,

dessen Bewohner de facto jordanische Staatsbürger wurden. Nach dem Sechstagekrieg (1967) und der Niederlage der arabischen Koalition wurde Jordanien von Israel aus dem Gebiet vertrieben. Die Annexion des gesamten Westjordanlandes durch Israel hatte über 300.000 zusätzliche Palästinenser:innen in die Lager in Jordanien getrieben. Die Palästinenser:innen insgesamt, sowohl die in den Lagern als auch die, die bereits mit der Bevölkerung der wichtigsten Städte des Landes verschmolzen waren, machten mehr als die Hälfte (oder sogar zwei Drittel) der Bevölkerung des Landes aus, und 1970 kontrollierten palästinensische Organisationen de facto die jordanische Hauptstadt Amman.

Für den jordanischen König war es an der Zeit, jeglicher Infragestellung seiner Macht ein Ende zu setzen. Während die israelische Armee ihre militärischen Angriffe und Bombenangriffe in Jordanien auf die ihrer Meinung nach wichtigsten Stützpunkte des palästinensischen Widerstands fortsetzte und die jordanische Armee nicht reagierte, sah der jordanische König seine Macht im Land selbst bedroht. Anfang September 1970 fühlte sich König Hussein frei, den palästinensischen Widerstand in seinem Land und dessen Unterstützung in den Arbeitervierteln von Amman zu beenden: Der ägyptische Präsident Nasser hatte gerade einem von den USA vorgeschlagenen Entwurf für ein Kompromissabkommen mit Israel zugestimmt: Der jordanische König würde also nicht als Einziger die Palästinenser im Stich lassen. Als Vorwand diente ihm die Entführung von Flugzeugen durch den palästinensischen Widerstand, die in Jordanien landeten und was in der westlichen Welt für Aufschrei sorgte.

Am 15. September erklärte König Hussein das Kriegsrecht, am 17. September beschoss die Artillerie die palästinensischen Viertel von Amman, bevor Panzer in der Stadt und in den Flüchtlingslagern massiv eingriffen. Die Kämpfe dauerten über eine Woche und forderten Tausende von Toten (je nach Quelle zwischen 3.500 und 10.000) und Zehntausende von Verletzten. Am 27. September unterzeichneten Arafat und Hussein, die von Präsident Nasser in Kairo zusammengerufen worden waren, ein Waffenstillstandsabkommen. Die Palästinenser:innen in Jordanien erlebten einen neuen Exodus in Richtung Libanon.

1975-1976 im Libanon: Libanesische Rechtsextreme und syrische Truppen gegen die Palästinenser:innen

In diesem Land, in dem es bereits zahlreiche Flüchtlingslager gab, konzentrierte sich daher in den 1970er Jahren der Großteil der Kräfte der palästinensischen Organisationen. Der Südlibanon war regelmäßig Bombenangriffen und Razzien der israelischen Armee ausgesetzt, die nicht davor zurückschreckte, in das Land einzudringen. Die libanesischen Armee war zu schwach, um zu reagieren, und vor allem wurde sie von der christlichen extremen Rechten geführt, der die Palästinenser:innen selbst ein Dorn im Auge waren.

Der Libanon befindet sich zu der Zeit in einer wirtschaftlichen und politischen Krise, die die verschiedenen Fraktionen der libanesischen Bourgeoisie und ihre Großfamilien, die sich die Macht teilen, gegeneinander aufbringt. Angesichts der sozialen Unzufriedenheit, die sich vor allem in Streiks äußert, werden von der extremen Rechten im Libanon die Palästinenser:innen als Ursache allen Übels bezeichnet, die aus dem Land vertrieben werden sollten. Aber es sind alle armen Schichten, die ins Visier genommen werden, die Arbeiter:innen in Beirut, die Libanesen aus dem Südlibanon, einer der ärmsten Regionen des Landes, die vor den israelischen Bombenangriffen fliehen und sich in den Slums der Hauptstadt neben den palästinensischen Flüchtlingen wiederfinden.

Im Streik der Fischer in Saida und ihre Demonstration, die am 26. Februar 1975 von der libanesischen Armee beschossen wurde und mehrere Todesopfer forderte, ging es um die Fischereirechte. Die Fischereirechte für die gesamte libanesischen Küste waren gerade einem großen Unternehmen erteilt worden, was den Fischern de facto ihre Lebensgrundlage raubte. Der Vorsitzende dieses großen Unternehmens war Camille Chamoun, der ehemalige libanesischen Staatschef und einer der reichsten Männer der herrschenden maronitischen Bourgeoisie. Auf die Schießerei folgten tagelange Unruhen und Scharmützel mit der Armee (Gesamtbilanz: 15 Tote), und in der Region wurde zu einem Generalstreik aufgerufen. Unter den getöteten Demonstranten befand sich der ehemalige Abgeordnete der Stadt, ein Mann der Linken, der sich offen als pro-palästinensisch bezeichnete: Bei seiner Beerdigung war sein Sarg mit der palästinensischen Flagge bedeckt. Im Gegensatz dazu demonstrierten einige Tage nach der Niederschlagung der Demonstration in Saida rechte

Studenten, rechte Parteien und Rechtsextreme in Beirut, um ihre Unterstützung für die Armee zu zeigen.

Der Beschuss eines Busses mit Palästinenser:innen (vor allem Frauen und Kinder) durch Milizionäre der "Phalange" von Gemayel, dem Führer der maronitischen christlichen Rechtsextremen und ein Hitler-Verehrer, am 13. April 1975 forderte 27 Todesopfer. Das markierte den Beginn des späteren libanesischen Bürgerkriegs. Dieser Beschuss löste ebenso viel Empörung aus wie die Schießerei in Saida weniger als einen Monat zuvor.

Der ausbrechende Bürgerkrieg nahm teilweise konfessionelle Züge an: Die Mitglieder der libanesischen Großbourgeoisie waren vor allem maronitische Christen; die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung (und eigentlich die Mehrheit der Bevölkerung überhaupt) war muslimisch. In der Zeit von 1975-1976 war dieser Krieg jedoch vor allem ein sozialer Krieg.

Es war ein Zeichen kompletter politischer Kurzsichtigkeit eines nationalistischen Führers, der sich gegenüber der libanesischen Bourgeoisie ebenso verantwortungsbewusst zeigen wollte wie gegenüber der Weltbourgeoisie und nur in der Liga der Großen nach Verbündeten suchte, um wie Arafat im Juni 1975 zu erklären: "Alles, was im Libanon geschieht, ist nicht zu rechtfertigen. Die palästinensische Revolution weiß ihrerseits, dass das wahre Schlachtfeld in Palästina liegt".

Über ein Jahr lang standen die palästinensischen Kämpfer Seite an Seite mit libanesischen Arbeiter:innen und Arbeitslosen, die von der libanesischen Linken unterstützt wurden, um ihre Viertel gegen die Angriffe der Gemayel-Phalange-Milizen, die oft von der Armee unterstützt wurden, zu verteidigen. Die rund 200.000 palästinensischen Flüchtlinge (bei einer Gesamtbevölkerung von 2,7 Millionen) befanden sich mitten in diesem Kampf. Ihr Schicksal war mit diesem Kampf verknüpft. Und sie wurden völlig hineingezogen, zusammen mit den Arbeiter:innen und der armen Bevölkerung des Libanon. Es waren sogar größtenteils die palästinensischen Aktivisten, weil sie erfahrener und besser bewaffnet waren, die das Rückgrat der Einheiten bildeten, die die Arbeiterviertel verteidigten.

Bis Anfang Juni 1976 syrische Truppen in den Libanon einmarschierten und die Ordnung wiederherstellten, indem sie sich auf die Seite der extremen

libanesischen Rechten stellten, deren Milizen gegen die Kräfte des so genannten "palästinensisch-progressiven" Lagers ins Hintertreffen geraten waren.

Der PLO-Chef Jassir Arafat und der Führer der libanesischen Linken, Kamel Jumblatt, schlossen sich Moskau an und baten es, Syrien zum Rückzug seiner Truppen zu zwingen. Dies blieb jedoch erfolglos. Am 22. Juni griffen die rechtsradikalen libanesischen Phalange-Milizen mit Unterstützung der Armee erneut das Flüchtlingslager Tal Al-Zartar (17.000 Einwohner) an, das nach 50 Tagen Kämpfen mit mehr als 2.500 Toten zerstört wurde. Weitere 1.000 wurden bei der Evakuierung der Überlebenden hingerichtet.



Beirut, palästinensisches Flüchtlingslager Tell-al- Zaatar nach der Zerstörung, 31. August 1976

Von der Niederlage im Libanon zum „Aufstand der Steine“

Die folgenden Jahre im Libanon waren daher nur noch Jahre der Niederlage, in denen israelische Truppen immer wieder palästinensische Flüchtlingslager angriffen. Bis General Sharon 1982 beschloss, in den Südlibanon einzumarschieren und die Offensive bis in die Stadt Beirut voranzutreiben.

Am 6. Juni marschierten 100.000 israelische Soldaten für die Kriegsoperation "Frieden in Galiläa" in den Libanon ein. Sie überquerten ungehindert die Demarkationslinie, die offiziell von den Blauhelmen der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) gehalten wurde: 15.000 UN-Soldaten, die seit 1978 eingesetzt wurden, um eine Pufferzone zwischen dem Libanon und Israel zu schaffen. Die israelischen Truppen rückten bis in die libanesische Hauptstadt vor, um die westlichen Bezirke von Beirut zu belagern, beliebte Viertel mit 200.000 Einwohnern, in denen PLO-Aktivisten angeblich Zuflucht gefunden hatten, während die Flüchtlingslager im Süden unter Beschuss standen. Die Blauhelme der UNIFIL waren durchlässig wie ein Sieb gewesen. Aber am Ende der Kämpfe griffen die "Friedenskräfte" der "internationalen Gemeinschaft" (wie die internationalen Instanzen genannt werden, die Lenin zur Zeit des Völkerbundes, des Vorläufers der UNO, als "Räuberhöhle" bezeichnete) doch ein. Ende August organisierten sie mit französischen, italienischen und amerikanischen Truppen die Evakuierung der PLO und ihrer Kämpfer (15.000 Mann) aus dem Libanon raus: Richtung ihres Exils in Tunesien. Israel, das als Gegenleistung für diese Vertreibung versprochen hatte, nicht in die Stadt Beirut einzudringen, zögerte nicht, dies am 15. September mit Zustimmung der libanesischen Armee zu tun. Am 16. und 17. September verübten rechtsextreme libanesische Milizen mit Unterstützung der israelischen Armee ein Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila, die nun ohne palästinensischen Kämpfer waren, die sie hätten verteidigen können⁶.

Die Hoffnung, die in den 1980er Jahre aufkeimte, kam nicht von den PLO-Stäben oder den Kämpfern, die sich nach dem Krieg von 1967 erhoben hatten. Sie kam von den Jugendlichen im besetzten Westjordanland, als

6 Dieses Massaker, das nach einem israelischen Bericht 700 bis 800 Tote forderte, nach Schätzungen der PLO mindestens 3.300 Tote, verarbeitete der Regisseur Ari Folman in dem Animationsfilm „Waltz with Bashir“

1987 die erste Intifada (oder "Aufstand der Steine") begann. In den Augen des jüdischen Staates eine der schlimmsten Revolten. Den 14- bis 15-Jährigen, die mit einfachen Steinen bewaffnet ihre Wut auf das Leben, ihren Hass auf die Besatzung und die Kolonialisierung zum Ausdruck brachten, standen junge, hochgerüstete israelische Soldaten gegenüber, die es kaum übers Herz brachten, die Befehle zu befolgen. Der Krieg fand nicht in Beirut oder Amman statt, sondern vor Ort. Bisher gab es nur zwei Zeiten, in denen die israelische Armee Soldaten in ihren Reihen hatte, die nicht mehr marschieren wollten: während des Libanonkriegs 1982 und zum Zeitpunkt des „Aufstands der Steine“. Es bleibt abzuwarten, wozu die derzeitige heftige Militärintervention der israelischen Armee gegen Gaza führen kann.

Die PLO hingegen ist gestorben. Die Fatah, die wichtigste palästinensische Organisation, aus der die PLO bestand und die heute praktisch mit der Palästinensischen Autonomiebehörde verschmolzen ist, ist als Widerstandsorganisation ebenfalls tot. Sie ist nur noch ein Embryo eines Staatsapparats. Ein Apparat, aber ohne Macht, außer der eines lokalen Statthalters, die Israel bereit ist zuzugestehen.

Vom Exil in Tunis zu den (Schleuder-?)Sesseln in Ramallah

Nachdem der „Aufstand der Steine“ gezeigt hatte, dass die Besetzung des Westjordanlandes nicht mehr so einfach war, war es der große amerikanische Pate, der auf einen vermeintlichen Ausweg drängte. Für die USA schien es Anfang der 1990er Jahre mit dem Ende der UdSSR möglich, den Versuch zu unternehmen, einige der permanenten Spannungspunkte auf der Welt zu lösen. Auch wenn man nicht sagen kann, dass sie dabei sehr erfolgreich waren! Der Versuch, das ewige Palästinenserproblem zu lösen, war das Osloer Abkommen. Es wurde in der norwegischen Hauptstadt ausgehandelt, mit großem Pomp im Weißen Haus unterzeichnet und mit einem Friedensnobelpreis gekrönt.



Oslo, PLO-Chef Yasser Arafat, israelischer Außenminister Shimon Peres und Premierminister Yitzhak Rabin, 10. Dezember 1994

Ein Frieden der Betrüger. Mit einer zersplitterten, besiegten palästinensischen Bewegung, einer Führung fast ohne Truppen, im Exil (man könnte sagen unter Hausarrest) in Tunis, akzeptierte Jassir Arafat de facto alle Bedingungen, die Israel an die von den USA propagierte Lösung stellte: Als Ersatz für ein Stück souveräner Staat, der für später versprochen wurde, gab es nur ein zerstückeltes Gebiet, das mit einer einfachen "Palästinensischen Autonomiebehörde" ausgestattet war. Deren Autorität war mehr oder weniger eingeschränkt war, je nachdem, ob man sich in einer sogenannten Zone A, B oder C befand, und die ohnehin überall auf das Recht beschränkt war, die Polizei zu stellen (und auch das nur unter israelischer Aufsicht) und das Elend in diesen Gebieten voller Arbeitslosigkeit zu verwalten, das seit nunmehr 30 Jahren immer wieder durch neue Kolonisierungen angeknabbert wird.

Die PLO, die durch ihr Exil in Tunis aus dem Rennen geworfen worden war, war beim „Aufstand der Steine“ praktisch nicht präsent gewesen. Sie kehrte nach Palästina zurück, nicht mehr um die Revolte anzuführen, sondern um als Palästinensische Autonomiebehörde einen embryonalen Staatsapparat mit Polizei und Ämtern aufzubauen, um das Elend zu verwalten und gegenüber Israel für die Kontrolle der Bevölkerung im Gazastreifen und im Westjordanland zu sorgen. Sie bemühte sich, einen Teil der jungen Aktivisten, die in der Intifada gewesen war, für ihren eigenen Apparat

(einschließlich des Aufbaus ihrer Polizei) zu gewinnen. Die Intifada war eine Gelegenheit für eine weitere Strömung, die islamistische Strömung, die sich bis dahin auf religiöse Fürsorge und Wohltätigkeitsorganisationen beschränkt hatte, in die Politik einzumischen. Sie konkurrierte damit mit den Organisationen des palästinensischen Widerstands.

Die zweite Intifada, die des Jahres 2000, der Wutausbruch nach der Provokation auf dem Tempelberg in Jerusalem durch den israelischen Politiker Ariel Sharon (der Mann des Libanonkriegs von 1982 und Pate der Massaker von Sabra und Shatila), hielt die PLO weitgehend raus. Die zweite Intifada war vor allem durch die Politik der Hamas geprägt.

In den besetzten Gebieten, die in Oslo für die Palästinensische Autonomiebehörde "Palästinensische Gebiete" getauft wurden, aber immer noch von Israel kontrolliert werden und seit 30 Jahren durch neue Siedlungen aufgefrisst werden, hat sich eine zahlenmäßig kleine palästinensische Bourgeoisie entwickelt, natürlich rund um die Palästinensische Autonomiebehörde. Sie monopolisiert die Handelsbeziehungen zwischen den palästinensischen Gebieten und Israel und verwaltet (oder kassiert) die internationale Hilfe. Diese Bourgeoisie allein genießt Freizügigkeit, beutet vor Ort in kleinen Unternehmen billige Arbeitskräfte aus und kassiert Bestechungsgelder bei öffentlichen Aufträgen, die von der Palästinensischen Autonomiebehörde vergeben werden. Selbst für die Arbeitserlaubnis in Höhe von 2.500 Schekel (ca. 600 Euro), die palästinensische Arbeiter, die nach Israel zum Arbeiten gehen, erwerben müssen, behält der palästinensische Vermittler durchschnittlich 600 Schekel (140 Euro) ein. Mahmoud Abbas, Chef der Palästinensischen Autonomiebehörde, selbst wird der Korruption beschuldigt. Dasselbe gilt für seine Konkurrenten von der Hamas, die seit 2007 den Gazastreifen verwalten.

8. November 2023

[Dieser Artikel erschien zuerst am 8. November 2023 auf der website der französischen „Neuen Antikapitalistischen Partei“ NPA (Nouveau Parti anticapitaliste) unter dem Titel: „L'OLP, d'une organisation de lutte au rôle de gestionnaire de la misère“]

Die internationale Rolle der Hamas

„Wer die Gründung eines palästinensischen Staates vereiteln will, muss die Stärkung der Hamas und Geldtransfers an die Hamas unterstützen. [...] Das ist Teil unserer Strategie – die Palästinenser in Gaza von den Palästinensern im Westjordanland zu isolieren.“ Das sagte der israelische Regierungschef Netanjahu im März 2019⁷.

Und so durfte das Golfemirat Katar mit Wissen und Billigung der israelischen Regierung seit Jahren jeden Monat 30 Millionen Dollar an die Hamas in Gaza zahlen⁸ – um einen Regierungsapparat in diesem Küstenstreifen aufrecht zu erhalten, der vor allem auch die eigene Bevölkerung kontrolliert und unterdrückt hat.



Hamas Wahlkampfveranstaltung in Ramallah, wikipedia

-
- 7 <https://www.haaretz.com/israel-news/2023-10-09/ty-article/.premium/another-concept-implodes-israel-cant-be-managed-by-a-criminal-defendant/0000018b-1382-d2fc-a59f-d39b5dbf0000>
 - 8 <https://www.spiegel.de/ausland/krieg-im-nahen-osten-was-treibt-der-hamas-terrorchef-ausgerechnet-in-katar-a-cbda1306-cc32-4024-a905-90a569a31722>

Hamas und Netanjahu stützen sich gegenseitig

Damit setzt sich eine lange Tradition der israelischen Politik fort, die schon in den 1980er Jahren den Aufbau der islamistischen Hamas als Konkurrenz zum damaligen Palästinenserführer Arafat unterstützt hat. Und gegenüber kritischen Stimmen aus dem Ausland macht es sich immer gut, auf die Bösewichter der Hamas verweisen zu können. So muss man sich nicht dafür rechtfertigen, dass der israelische Staat nicht nur keinen „Friedensprozess“ voranbringt, sondern ihn durch die massive Siedlungspolitik komplett unmöglich macht.

Die Hamas ihrerseits konnte von dem Geld aus Katar gut leben – im Gegensatz zum Elend der palästinensischen Bevölkerung in Gaza. Warum dann das Massaker vom 7. Oktober, bei dem auch der Hamas klar sein musste, dass es massive Repressalien Israels nach sich ziehen würde?

Eine Erklärung liegt in den internationalen Beziehungen im Nahen Osten. Die USA als führende imperialistische Macht streben nach mehr Stabilität in dieser Region, die wegen ihres Erdölreichtums immer noch entscheidende strategische Bedeutung hat. Deshalb haben die USA Annäherungen zwischen Israel und den arabischen Staaten auf den Weg gebracht. 2020 kamen die Abraham-Verträge zustande, mit denen die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain, später auch Marokko und der Sudan, erstmals Israel als Staat anerkannten. Nun sollte ein wirkliches Schwergewicht folgen, Saudi-Arabien, neben Israel der wichtigste Verbündete der USA in der Region. Bei all diesen Annäherungen spielte die Frage der Palästinenser:innen und ihrer Unterdrückung keine Rolle.

Friedhofsruhe in Nahost?

So konnte der Nationale Sicherheitsberater der USA am 29. September dieses Jahres behaupten: *„Der Nahe Osten ist heute so ruhig wie seit 20 Jahren nicht mehr.“* Zynisch angesichts der Tatsache, dass dieses Jahr bis August schon 220 Palästinenser:innen im Westjordanland von der israelischen Armee oder radikalen Siedlern getötet wurden⁹. Die Hamas-Attacke vom 7. Oktober hat diese Träume eines „ruhigen Nahen Ostens“, in dem Palästinenser:innen einfach vergessen werden, durchkreuzt.

9 Le Monde Diplomatie: Wem nützt die Hamas, November 2023, <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5954879>

Für die Hamas war dies auch deshalb notwendig, um zu versuchen sich „innenpolitisch“ gegenüber der eigenen Bevölkerung wieder zu profilieren, da ihre Herrschaft über den Gazastreifen noch im Sommer durch Straßenproteste in Frage gestellt wurde.

Ohne Rücksicht auf die vorhersehbaren Opfer unter der palästinensischen Zivilbevölkerung hat die Hamas die Palästina-Frage wieder in den Vordergrund internationaler Politik gebracht. Vielleicht haben sie gehofft, von der mit dem Iran verbündeten Hisbollah im Libanon noch weitere Unterstützung zu bekommen, was das Eskalationspotenzial des Pulverfasses Nahost zeigt. Doch die Hisbollah hält sich bislang eher zurück und will das Schicksal der Hamas wohl nicht teilen, nachdem auch die USA mit zwei Flugzeugträgern in der Region aufmarschiert sind.

Was klar ist: Die Perspektiven der Hamas sind die einer reaktionären bürgerlichen Regierungspartei, die verzweifelt Verhandlungsmasse brauchte, um nicht im Spiel der Großmächte vergessen zu werden. Das steht in völligem Gegensatz zur Perspektive einer wirklichen Befreiung der Palästinenser:innen, die nur aus einem Bündnis aller Unterdrückten und Ausgebeuteten der Region entstehen kann, gegen die bürgerlichen autokratischen Regime in der arabischen Welt und gegen die rechtsradikale zionistische Regierung Israels.

11. November 2023

Wer wir sind und was wir wollen

Die Welt, in der wir heute leben, bietet enorme Möglichkeiten: Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung aller technischen Möglichkeiten sowie des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste (Wirtschaftskrisen, Umweltzerstörung, Pandemien). Arbeitsstress, Unternehmenswillkür und Sozialabbau sind Alltag, in vielen Ländern herrschen Hunger und Krieg, was immer mehr Menschen zur Flucht zwingt. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), treten gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ein. Um den Kapitalismus und alle seine Übel abzuschaffen, ist eine Revolution notwendig, die die heutigen Herrschaftsstrukturen durch eigene Machtorgane der arbeitenden Bevölkerung ersetzt und die Produktionsmittel vergesellschaftet. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist somit eine freie, demokratische, friedliche, auf gewählten Räten aufbauende und die Natur schonende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse der Bedürfnisse aller, nicht der zerstörerischen und ausbeutenden Profit- und Konkurrenzlogik einiger Weniger funktioniert.

Für Revolution und Sozialismus einzutreten bedeutet für uns über den engen Kreis der Linken hinauszuwirken und unsere Ideen in der Arbeiter*innenklasse zu verbreiten. Wir geben deswegen seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit denen wir Missstände anprangern, Kolleg*innen ein Sprachrohr bieten und versuchen, Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über unser Verständnis von Politik, Theorie und Strategie und tauschen uns dabei mit unterschiedlichen Aktivist*innen aus.

Für uns ist der Kampf gegen konkrete Ausbeutung am Arbeitsplatz und im Alltag, gegen Unterdrückung durch Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen die katastrophale Umweltzerstörung immer

verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben, um seine Herrschaft abzusichern. Nur der Zusammenhalt der verschiedenen unterdrückten Schichten und Gruppen der Arbeiter*innenklasse ohne nationale Grenzen und Diskriminierung kann die Mächtigen in ihre Schranken weisen.

Um den verschiedenen Problemen des kapitalistischen Ausbeutungssystems etwas entgegenzusetzen, müssen wir uns organisieren, um in sozialen und ökologischen Konflikten für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen einzutreten und den Kämpfen wo immer möglich eine revolutionäre über den Kapitalismus hinaus weisende Perspektive zu geben. Streiks und Massenproteste sind dabei das Mittel, um unsere gemeinsamen Interessen langfristig durchzusetzen.

Dafür braucht es eine unabhängige Partei der Arbeiter*innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten.

Der Kapitalismus ist international organisiert und vernetzt, deshalb muss auch unsere revolutionäre Arbeit international und internationalistisch sein. Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei treten wir für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt ein, basierend auf den programmatischen Errungenschaften der von Leo Trotzki 1938 gegründeten IV. Internationale.

Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

1,50 EUR

www.sozialismus.click



RSO Deutschland



Sozialismus oder Laberei

***„Die Befreiung der Arbeiterklasse muß die Tat der Arbeiter selbst sein“
Karl Marx***